



© Promo

Widerstand gegen Potsdamer Sparkurs Jugendvertreter warnen vor Kürzungen und Folgekosten

Statt des Rotstifts bei Kindern und Familien empfiehlt der Jugendhilfeausschuss der Stadtverwaltung, diese möge effizienter arbeiten und so Geld sparen.

Von Henri Kramer
Heute, 13:22 Uhr

Wer jetzt bei Kindern und Jugendlichen spart, muss langfristig mit höheren Kosten



vorgeschlagenen Sparhaushalts.

→ **Die PNN-App** Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

Nach einer Klausursitzung des Gremiums am Wochenende veröffentlichte der Vorsitzende des Ausschusses, Tiemo Reimann (SPD), am Montag eine offizielle Position des Gremiums. „Eine Reduzierung von Leistungen, die speziell auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen abzielen, verschlechtert nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen, sondern verstärkt auch bestehende soziale Probleme“, hieß es darin. Die Folge seien höhere Kosten für Sozialhilfe und gesundheitlichen Versorgung. Daher könne man keine Kürzungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe unterstützen, so der Ausschuss.

„Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, die mit einer steigenden Kinderarmut einhergeht, ist es wichtiger denn je, Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu sichern.“

Aus der Stellungnahme des **Jugendhilfeausschusses** und seines Vorsitzenden, dem SPD-Stadtverordneten **Tiemo Reimann**

Konkret wendet sich das Gremium gegen den Plan, nicht mehr die sogenannte dritte Betreuungsstufe in Potsdamer Kitas zu finanzieren, also erweiterte Betreuungszeiten. „Rund ein Drittel aller Eltern nutzt dieses Angebot – vor allem Alleinerziehende und Vollzeitbeschäftigte“. Eltern, die darauf angewiesen seien, müssten dann ihre Arbeitszeiten anpassen und dadurch finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. „In wirtschaftlich unsicheren Zeiten wäre dies ein kaum tragbarer Einschnitt, besonders für alleinerziehende Eltern wäre dies existenzbedrohend“, heißt es in der Stellungnahme des Ausschusses.

Was ist der Jugendhilfeausschuss?

Der **Jugendhilfeausschuss** ist ein mit Stadtverordneten aller Fraktionen und Vertretern der Jugendhilfe besetztes Gremium, das die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien vertritt. Zudem arbeitet er mit Freien Trägern aus dem Bereich zusammen.

Präventive Projekte, „die in den vergangenen Jahren erfolgreich in den Bereichen soziales Lernen, Demokratiebildung, Schulklima und Partizipation etabliert wurden“, müssten fortgeführt werden. Wenn nicht, seien auch da Folgekosten in anderen Bereichen absehbar. „Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, die mit einer steigenden Kinderarmut einhergeht, ist es wichtiger denn je, Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu sichern“, so die Position des Ausschusses.



Empfohlener redaktioneller Inhalt

An dieser Stelle finden Sie einen von unseren Redakteuren ausgewählten, externen Inhalt, der den Artikel für Sie mit zusätzlichen Informationen anreichert. Sie können sich hier den externen Inhalt mit einem Klick anzeigen lassen oder wieder ausblenden.

Externen Inhalt anzeigen

Ich bin damit einverstanden, dass mir der externe Inhalt angezeigt wird. Damit können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. Mehr Informationen dazu erhalten Sie in den Datenschutz-Einstellungen. Diese finden Sie ganz unten auf unserer Seite im Footer, sodass Sie Ihre Einstellungen jederzeit verwalten oder widerrufen können.

Das Rathaus soll bei sich sparen

Stattdessen schlägt das Gremium vor, dass die Verwaltung bei sich sparen möge. So gebe es ein „erhebliches Potenzial zur Optimierung von Verwaltungsprozessen und Qualitätsmanagement, um Ressourcen besser zu nutzen“. Und: „Eine nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, Einsparpotenziale dort zu heben, wo sie keine sozialen Schäden verursachen“, heißt es vom Ausschuss in Richtung des SPD-geführten Rathauses.

Weitere Nachrichten aus Potsdam lesen Sie hier:

- **T+ Debatte um Migrationspolitik** Brandenburgs CDU will härteren Kurs – aber ohne Zusammenarbeit mit der AfD
- **T+ Nachfolge von Oberbürgermeister Schubert** Goericke erwägt Kandidatur als überparteilicher Kandidat
- **Streit um neue Bürgerservice-Außenstelle** Potsdamer SPD-Fraktion verärgert über Blockade
- **T+ Streit um „Potsdam bekennt Farbe“** CDU erwägt Austritt aus dem Anti-Rechts-Bündnis

Dieses will bis 2028 rund 47 Millionen Euro pro Jahr sparen, unter anderem durch De-Facto-Kürzungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur und Sport, die Schließung der Biosphäre sowie Abgabenerhöhungen. Nur so seien auch Großprojekte wie den Ersatz des Heizkraftwerks oder weitere Investitionen in Schulen und die Stadtverwaltung machbar,



[Zur Startseite](#)

Jugend

Sozialpolitik

Das könnte Sie auch interessieren

Empfohlen von  Outbrain |

Das könnte Sie auch interessieren

Empfohlen von  Outbrain |

TAGESSPIEGEL

TAGESSPIEGEL

TAGESSPIEGEL

Falschaussage im Fall „Schwachkopf“? Rentner verklagt Grünen-Chef Banaszak

Wechsel innerhalb der ARD SWR übernimmt die Federführung beim Eurovision Song Contest

„Polizei hat sicheres Gespür“ Merz hält dauerhafte Grenzkontrollen für umsetzbar – Kritik aus Österreich

[Impressum](#)

[Kontakt](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Datenschutz-Einstellungen](#)

[Utiq verwalten](#)

[Mediadaten](#)

TAGESSPIEGEL

